

# **Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer der Gemeinde Oderwitz - Hebesatzsatzung -**

Aufgrund des § 25 Grundsteuergesetz (GrStG), des § 16 Gewerbesteuergesetz (GewStG) und des § 7 Absatz 4 Sächsisches Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Gemeinderat der Gemeinde Oderwitz in seiner Sitzung am 04.11.2024 mit Beschluss-Nr. 64/24 folgende Satzung beschlossen:

## **§ 1 Erhebungsgrundsatz**

Die Gemeinde Oderwitz erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz eine *Grundsteuer* nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes und eine *Gewerbesteuer* nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes.

## **§ 2 Hebesätze**

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Für die Grundsteuer   |          |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe<br><b>(Grundsteuer A)</b> auf<br>der Steuermessbeträge | 330 v.H. |
| b) für Grundstücke <b>(Grundsteuer B)</b> auf<br>der Steuermessbeträge                                     | 400 v.H. |
| 2. Für die <b>Gewerbesteuer</b> auf<br>der Steuermessbeträge   | 410 v.H. |

## **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01.01.2025 in Kraft.

Oderwitz, den 11.11.2024

  
\_\_\_\_\_  
Unterschrift Bürgermeister



**Hinweis nach § 4 Abs. 4 SächsGemO:**

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zu Stande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen. Dies gilt nicht, wenn:

1. die Ausfertigung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.